

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

74 (30.3.1932)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gerappten Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, 60 gerappten Millimeterzeilen 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Zahl der bei Nichtzahlung des Zeitungspreises, bei gerichtlicher Betreibung und bei Kontour außer Kraft tritt ein Erlösungs- und Gerichtsbeschluss. 9. Karlsruhe i. B. o. Schluss der Anzeigen-Annahme 8 Uhr normallage

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Rufkette / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 1,82 Mark, vierteljährlich 5,46 Mark, halbjährlich 10,92 Mark, jährlich 21,84 Mark. Durch die Post 2,36 Mark o. Einzelverkauf 10 Pfennig o. Größtenteils 0,50 Mark wöchentlich vorabzahlend 11 Uhr o. Postfachkonto 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe i. B., Waldstraße 28 o. Fernruf 7020/7021 o. Volkstreu-Filiale: Durack, Hauptstr. 9 B.-Baden, Freiburg i. B. 12. Kaffee-Restaurant 2. Oberstadt, Remblitzstr. 4

Nummer 74

Karlsruhe, Mittwoch, den 30. März 1932

52. Jahrgang

Hitlers Panikpropaganda

Die Hitlerschen Lügenbeutel wollen Panikstimmung

Panik erzeugen, ist ein Riesenverbrechen - Die Nazis scheuen auch davor nicht zurück

Gegen das Nazi-System der Lüge und des Verbrechens

Im Nazilager sind seit der Ueberrückung über die Niederlage im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahl vorbei, eine ganze Reihe von Plänen zur Neubelebung der Propaganda geschmiedet worden. Das war für Hitler und seine Kumpane eine Frage von Leben und Sterben. Sie sind sich völlig klar darüber, daß in den Augenblicke, in dem sie aufhören würden, die Masseninstinkte aufzuklären, und in dem sie zu wirklicher politischer Betätigung im Rahmen der Gesetze übergehen würden, der Abstieg ihrer Partei mit Riesenschritten beginnen würde.

Es ist also ein neuer Reklamefeldzug in Vorbereitung, mit dessen Hilfe die Nazis die „breiten unteren Schichten der Masse Mensch“, wie es neuerdings so schön bei ihnen heißt, an sich zu ziehen versuchen. Dabei stellt sich heraus, daß bei ihnen alles Mechanik ist. Maschine ohne Geist. Alles das, was man mit Geld machen kann, ist das wesentliche ihrer Propaganda. Aber was ist der Inhalt? Bisher bestand der Inhalt in der Verlogenheit und schamloseten Hehe, die auf jene Schichten berechnet ist, die nicht selbst politisch zu denken vermögen, auf den Horizont des Spießbürgertums. Man hat diesen Schichten eingeredet, daß das Dritte Reich vor der Tür stehe, man hat auf die Instinkte von politisch unzuverlässigen Beamten und Beamtenhelfern spekuliert, die im Dritten Reich vorzurücken hofften, weil ihre Fähigkeiten nicht zum normalen Vorrücken im Wettbewerb mit ihren Kollegen ausreichen.

Diese Spekulation ist mit dem 13. März einigermaßen ins Wasser gefallen.

Die nationalsozialistische Führertruppe hat deshalb eine neue Note ihrer Propaganda erfunden. Das ist die Panikpropaganda. Die Spekulation auf die Furcht der Leute, die noch einen letzten Notpfennig haben. Es ist die gewisse, loslose Ausnützung der Not der Gegenwart. Man weiß, daß vor dem ersten Wahlgang der Reichstanzler Brüning die Nationalsozialisten gestellt hat mit der Frage: Wie haltet Ihr mit der Inflation? Die nationalsozialistische Propaganda für den zweiten Wahlgang gibt ihm darauf eine Antwort, und zwar eine Antwort, die der Gewissenslosigkeit, dem verbrecherischen Charakter der nationalsozialistischen Führertruppe entsprechen. Die nationalsozialistische Propaganda versucht fernerhand dem Volk einzureden, daß sich Deutschland schon mitten in der Inflation befindet. Sie malt die Situation der Reichsfinanzen schwarz in schwarz; sie greift die psychologischen Grundlagen der deutschen Währung an. Sie sucht den Kredit Deutschlands im Ausland zu erschüttern. Die Partei, deren einzige Weisheit im programmatischen Bekenntnis zur Inflation besteht, versucht ihr volks- und wirtschaftsfeindliches Programm durch eine Propaganda zu verdecken, deren Verlogenheit nicht zu übertreffen ist.

Im Geiste dieser Propaganda haben die Nationalsozialisten in Berlin und anderswo ein Flugblatt verbreitet, in dem behauptet wird, Deutschland sei mitten in der Inflation, die deutsche Mark sei nichts mehr wert. Die Reichsregierung werde noch in dieser Woche neue Bankfeiertage einführen und sämtliche Sparkonten bei Banken und Sparkassen sperren. Wer nicht schleunigst sein Geld abhebe, der werde es verlieren. Dieses Flugblatt ist der Versuch, künstlich einen Run auf die Banken und Sparkassen hervorzurufen, der Versuch, die gefährliche Situation vom Sommer vorigen Jahres künstlich noch einmal herbeizuführen. Es ist vollständig klar, daß wenn ein solcher Versuch gelingen würde, der letzte Rest von Kredit, den Deutschland im Ausland besitzt, dahin sein wird. Diese Flugblattpropaganda ist an sich unternommen worden, aber die Vaterlandsliebe kann von den Nationalsozialisten nicht abgelenkt werden. Denn Sinn und Inhalt dieses Flugblattes entsprechen durchaus einem Aufsatz, der in der letzten Nummer der sogenannten in Braunschweig gedruckten „Gitterzeitung“ enthalten ist. Diese Zeitung, in Wahrheit ein Propagandaflugblatt der NSDAP, das unter Umgehung der Notverordnung über die Osterruhe in Braunschweig hergestellt und in ganz Braunschweig und Hannover verbreitet worden ist, stellt die Behauptung auf, daß die Reichsregierung eine neue Notverordnung beschließen werde, die alles bisher Dagewesene in den Schranken stellen werde. Sie läßt durchblicken, daß eine solche Notverordnung Vorbereitung von Steuerterminen, neue beträchtliche Steuern, neue Bedrückung enthalten werde. Sie läßt durchblicken, daß die Lage der Reichsfinanzen, die Lage des deutschen Kreditnehmens verzweifelt sei, ganz in jenen Gedankengängen, die in dem Inflationflugblatt enthalten sind.

Auch hier wiederholt sich der Versuch, Wirtschaftspanik zu erzeugen. Dreist und gottesfürchtig behauptet die Gitterzeitung dann, daß ihr die angeblich neue Notverordnung bekannt sei, daß es sie aber nicht mitteilen würde, um nicht verboten zu werden. Um so bestiger macht sie mit dieser angeblichen Notverordnung Panikpropaganda. Die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten, so behauptet sie, solle die Bahn freimachen für die Inkraftsetzung der neuen Notverordnung.

Für diese ungeheuerliche, verlogene Propaganda gibt es keine Abwägung der Verantwortlichkeit mehr. Für die Lügen und für den darin enthaltenen verbrecherischen Anschlag gegen die deutsche Wirtschaft trägt der „streng legale“ Hitler, Regierungsrat im Lande Braunschweig, deutscher Staatsbürger seit wenigen Wochen und deutscher Staatsbeamter, die volle Verantwortlichkeit, politisch wie vor dem Gesetz. Diese Propaganda erfüllt durchaus den Tatbestand des wirtschaftlichen Landesver-

rats. Sie enthüllt, daß die Partei des Herrn Hitler destruktiv bis zum Äußersten ist! Die Kommunisten haben hinter ihrer destruktiven Propaganda immer wenigstens noch die Illusion des Wiederaufbaus nach bolschewistischen Methoden. Die Nationalsozialisten aber wollen nur zerstören, zerstören, um persönlich an die Macht zu kommen. Was aus dem Volk und der Wirtschaft wird, ist ihnen höchst gleichgültig. Damit hat Reichstanzler Brüning von Hitler eine Antwort erhalten, die ganz unzweideutig ist. Auf die Frage: „Wie haltet Ihr mit der Inflation?“ hat Hitler ihm antworten lassen: Die Erzeugung einer Inflationsspanik ist uns gerade gut genug als Mittel unseres Massentampfes.

Wir hoffen, daß diese panische Demasierung der Reichsregierung in allen ihren Teilen die Ueberzeugung geben muß, daß diese Partei auf das Schärfste mit allen Mitteln bekämpft werden muß. Es gilt, den Verderbern von Volk und Land und Wirtschaft das Handwerk zu legen.

Gröner stäubt die Nazis

Neue Bloßstellung der Nazipartei

Es vergeht kaum ein Tag, an dem die Nazis und ihre Trabanten im bürgerlichen Lager nicht bei einer neuen Lüge ertappt werden. Neuerdings ist es das Reichsinnenministerium, das sich dieser Vorkämpfer für Wahrheitsliebe und Treue besonders annimmt und sie, wie es ihnen zukommt, stäubt.

Die rechtsradikale Berliner Zeitung, die zu 51 Prozent für Hitler und nur noch zu 49 Prozent für Hugenberg ist, hatte dieser Tage einen „Befehl“ des schwulen Herrn Röhm veröffentlicht, in dem die SA für den 13. März in Marnbergerschaft verlegt wurde. Das Blatt hatte dazu bemerkt, daß der Befehl dem Reichsinnenminister nach dessen eigener Bekundung eine Woche vor dem Wahltag von der Reichsleitung der NSDAP vorgelesen worden sei: „Gegen den Befehl hat Gröner ebenfalls nach eigener Bekundung keine Bedenken geäußert.“

Der Reichsinnenminister teilt dazu mit, daß die Behauptung des rechtsradikalen Blattes in vollem Umfang erfunden ist. Gröner hat lediglich durch Röhm Kenntnis davon erhalten, daß die SA-Formationen an dem Wahltag in ihren Unterkünften zusammengehalten werden sollten. Weder der Befehl selbst noch ein Entwurf hat dem Reichsinnenminister vorgelegen. Gröner hätte, so wird amtlich verifiziert, unzweifelhaft Einspruch erhoben, wenn er den Befehl wirklich gekannt hätte.

Das zweite Dementi betrifft das Ergebnis der Verhandlungen des Staatsgerichtshofes über die Beschwerde der NSDAP gegen die Aktion der preussischen Polizei. Nachdem der Versuch fehlgeschlagen ist, den sogenannten „Verleumd“ als einen Sieg auszusprechen, versuchen die Nazis und ihre Trabanten nachzuweisen, daß der bekannte Brief Grönners an Severing nicht von ihm selbst, sondern von einem seiner politischen Sacharbeiter ausgegangen sei. Dabei habe der Brief merkwürdige Umwege über die Registratur usw. gemacht. Der Reichsinnenminister beschränkt sich darauf, gegenüber diesen Phantasien festzustellen, daß der Brief an Severing der Initiative Grönners entsprungen ist, und deshalb auch von ihm persönlich unterschrieben wurde. Selbstverständlich verläßt kein amtliches Schriftstück das Reichsinnenministerium, das nicht die Billigung des Ministers hat.

Verhandlungen über Senkung der Kommunalgebühren

WB. teilt mit: Nach eingehenden Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden hat der Reichskommissar für Preisüberwachung zur Ergänzung und Unterstützung der Bestrebungen auf Senkung der Preise für lebenswichtige Waren und Leistungen die Gemeinden und Gemeindeverbände aufgefordert, die Möglichkeit einer Senkung der bisher erhobenen kommunalen Gebühren, Beiträge und privatrechtlichen Leistungsentgelte zu prüfen. Die Nachprüfung wird sich im wesentlichen erstrecken auf die Gebühren für Müllbeseitigung, Kanalisation und Straßenreinigung, Marktbalken, öffentliche Märkte, Vieh- und Schlachthöfe, sowie Fleischbeschau und Trichinenschau, Friedhöfe und Krematorien, Badeanstalten, Krankenhäuser, Seil- und Pflegeanstalten, Krüppel- und

GN. München, 29. März. (Eig. Melb.) Zu der Erklärung des Reichsinnenministers Gröner teilt die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP mit: Die Abgeordneten Goering und Dr. Frank II haben im Verlauf ihrer Unterredung mit dem Reichsinnenminister Gröner dem General aus den Akten des Rechtsanwalts Dr. Frank II die Originalfassung des Befehls des Stabschefs der SA vom 2. März 1932, Vorbereitungen für den Reichspräsidentenwahlkampf betz., unterbreitet. Es ist unrichtig, daß General Gröner im Verlauf dieser Unterredung irgendwie erklärt hätte, daß, wenn er den Wortlaut des Befehls vorher gekannt hätte, er sofort Einspruch erhoben hätte. Es wird demgegenüber ausdrücklich festgestellt, daß bei diesem Empfang Reichsinnenminister Gröner seinem Stauen über die Polizeiaktion Seinerins Ausdrück erklärt, daß er persönlich an der Legitimität Hitlers in keiner Weise zweifle.

Zu dieser Meldung teilt das Reichsministerium des Innern folgendes mit:

Vorstehende Erklärung bestätigt nur die Mitteilung des Ministers Gröner, daß ihm vor dem Wahltag von dem Wortlaut des Befehls über die Zusammenziehung der Sturmabteilungen überhaupt keine Kenntnis gegeben worden ist. Als der Reichsinnenminister nach der Wahl, nämlich am 18. März, nachmittags, die Herren Goering und Rechtsanwalt Frank II empfing, und von ihnen zum ersten Male den Wortlaut des betreffenden Befehls erhielt, hat er, wie gegenüber der obigen Erklärung nochmals ausdrücklich betont wird, die Herren über seine ablehnende Auffassung zu diesem Befehl nicht im Zweifel gelassen. Im übrigen wird auf die amtliche Erklärung vom 18. März abends verwiesen, in der der Minister unter Berichtigung der unzutreffenden Darstellung der Minister unter Berichtigung der unzutreffenden Darstellung, breitet worden war, festgestellt hat, daß er über die preussische Polizeiaktion keinerlei Urteil abgeben habe.

Siechenheime und sonstige Anstalten auf dem Gebiete des Gesundheitswesens, ferner auch auf das Gebiet der privatrechtlichen Leistungsentgelte, insbesondere auf die Nachprüfung der Gebühren des Reklame- und Anschlagwesens, sowie auf die Entgelte der Tankstellen. Zur Senkung der Entgelte sollen grundsätzlich alle Ersparnisse verwandt werden, die den Gemeinden und Gemeindeverbänden aus der 4. Notverordnung vom 8. Dezember 1931 durch die Verminderung der Selbstkosten, deren Berechnung durch die Grundsätze im einzelnen genau geregelt ist, entstehen. Eine Senkung der Entgelte muß erfolgen, wenn der Ertrag die Selbstkosten der Gemeinden oder Gemeindeverbände übersteigt. Die gesamte Durchführung der Gebührensenkung ist davon abhängig, daß nicht der Reichsminister der Finanzen oder die zuständigen obersten Landesbehörden auf Grund gesetzlicher Bestimmungen Anordnungen über die Verwendbarkeit der den Gemeinden oder Gemeindeverbänden aus der Notverordnung entstehenden Ersparnisse getroffen haben oder noch treffen werden.

Republikaner!

Auf zur Kundgebung

am Sonntag, den 3. April 1932, abends 8 Uhr in der Städtischen Festhalle

Referent: Reichstagsabgeordneter HANS VOGEL, BERLIN

Die Polizei berichtet:

Verbot einer Versammlung der NSDAP.

Die für Mittwoch, 30. März, abends 8.30 Uhr, in der Festhalle hier angekündigte außerordentliche Generalmitgliederversammlung der NSDAP, darf als öffentliche politische Versammlung gemäß § 1 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten zum Schutze des inneren Friedens...

Berichtsauss. Zu dem gestern Polizeibericht anmeldesten Diebstahl von zwei Damenmänteln aus einem Auto am Ludwigsplatz...

Aus Organisationen und Vereinen

Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft Eigenhandbau G. m. B. H.

Unsere Jahreshauptversammlung hatte einen sehr starken Besuch aufzuweisen. Der Bericht des geschäftsführenden Vorstandes, Herrn Meder, zeigte all die Mühen auf, die heute die Wohnungsbauwirtschaft beherrschen...

1931 notwendig werdende Kennenerkennung der Gemeinnützigkeit wurde vom 2. Vorsitzenden, Major, Andr., eingehend besprochen. Die Beschlußfassung soll einer demnächst stattfindenden außerordentlichen Jahresversammlung überlassen bleiben...

Lichtspielhäuser

„Schüden in Schilda“ im U. F.

Ausgezeichnet ist ständigerweise Friederich und Vereinsmutter in diesem Städtischen Schilda durch den Ruf gezogen. Es ist erwünscht, wie die Streife dieser Parodie ihren Reiz hat...

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Wetterausblick für Donnerstag, den 31. März 1932: Sei leicht heften in der Höhe föhnlischen Südwestwinden regnerisch und mild.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Schulh. Donnerstag, 31. März, 8 Uhr, abends, Versammlung im „Volkshaus“. Uebung fällt aus.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Karten im Vorverkauf für die öffentliche Kundgebung am Sonntag, den 3. April, abends 8 Uhr in der Städtischen Festhalle...

Veranstaltungen Kaffee Bauer. Auf das heutige Mittwochsonder der veränderten Rabatte Professor Röttig sei hingewiesen...

Wasserstand des Rheins Babel Plus 31; Waldsüt 22, gefl. 31; Schutterinsel Plus 85; Rehl 201, gefl. 34; Murgau 358, gefl. 25; Mannheim 214, gefl. 16; Gaub 126, gefl. 5 Zentimeter.

Partei-Nachrichten

Gaggenau. Am Freitag, den 1. April, abends 8 Uhr, findet im Kreis unsere fünfte Mitgliederversammlung statt...

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle und Beerdigungen. Biff, Deisterer, Oberpostkassener a. D., Chemann, alt 65 Jahre. Gustav Hartmann, Postkassener a. D., alt 52 Jahre (Unterarmbruch)...

Kaffee Bäuer Heute MIW WOCH 20.30 Uhr Sonderkonzert Kapelle Professor Röttig

Konservatorium Post für Musik Kaiser-Allee 14 (Haitestelle Yorkstr.) Wiederbeginn des Unterrichts

Bruchialer Anzeigen Wahl des Reichspräsidenten 11. Wahlgang

Kein Geschäftsinhaber versäume, Mitglied des Karlsruher Verkehrsvereins

Zwangs-Versteigerung Am Donnerstag, 31. März 1932, nachmittags 2 Uhr, werde ich in Karlsruhe...

Ein billiger und praktischer Reiseführer Dietz Arbeiter-Reise- und Wanderführer

Volksfreundleser! Auch Ihr könnt im Kampf um die Machtstellung Eurer Presse mithelfen...

Wirtschaft im Besten! Herrschend mit einem armen Familie, die 2 Kommunikation Kinder hat...

Ein höchst fesselndes Kulturgeschichtsbuch Zu beziehen durch Volksfreund - Buchhandlung

Friedr. Zöpfer Wohnungs-Einrichtung: 1 Schlafzimmer, 1 Wohnküche, 1 Wohnkammer

Wie? Aber selbstverständlich! Kostenlos kann jeder Abonnent im Monat einmal eine kleine Anzeile bringen

Gaggenauer Anzeigen Prüfung der Generalversammlung... Die Durchsicht erfolgt somit am Freitag, den 1. April 1932...